

KOMMUNALER FINANZREPORT

Sachsen-Anhalt: höchste Kassenkredite im Osten

Gütersloh, 14. August 2015. Zum ersten Mal seit 2005 erwirtschafteten die Städte, Gemeinden und Kreise in Sachsen-Anhalt im Jahr 2014 wieder ein Defizit. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. 21 Millionen Euro Minus standen am Ende des Haushaltsjahres zu Buche. Das sind 9 Euro pro Einwohner.

Sachsen-Anhalt zählt damit zu den sechs Bundesländern, in denen der Saldo ihrer Kommunalhaushalte negativ war. Die übrigen sieben Flächenländer verzeichneten ein Plus in ihren Etats. Den größten Überschuss verbuchten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro pro Einwohner. Das größte Pro-Kopf-Defizit vermeldeten die Kommunen im Saarland mit 319 Euro.

Das sachsen-anhaltinische Defizit in 2014 ist zwar vergleichsweise gering, trotzdem steigen die Kassenkredite weiter, auch weil die Steuereinnahmen niedrig bleiben. Die Kassenkredite kletterten im vergangenen Jahr um mehr als 200 Millionen Euro auf nunmehr 1,3 Milliarden Euro. Kassenkredite gelten als Krisenindikator. Ihnen stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Sie sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Jeder Einwohner in Sachsen-Anhalt ist derzeit mit umgerechnet 587 Euro aus Kassenkrediten verschuldet. Das ist zwar Negativrekord unter den ostdeutschen Bundesländern, allerdings nicht annähernd so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, wo dieser Wert zwischen 1.500 und 2.000 Euro je Einwohner liegt. In Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg hingegen sind Kassenkredite nahezu unbekannt.

Fast ein Drittel der Kassenkredite entfällt auf die Stadt Halle (1.166 Euro pro Kopf) und den Kreis Anhalt-Bitterfeld (1.052 Euro). Während die Stadt Halle jedoch seit 2008 trotz Wirtschaftskrise die Kassenkredite reduzieren konnte (von 1.384 Euro), verdoppelten sie sich in Anhalt-Bitterfeld (von 466 Euro). Auch der Stadt Dessau-Roßlau und dem Burgenlandkreis gelang es, Kassenkredite deutlich abzubauen. Von jeher ein geringes Niveau weist der Kreis Börde mit 31 Euro je Einwohner aus.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Kaum eine notleidende Kommune schafft es, diese Faktoren mittelfristig wesentlich zu verbessern. Um das zu belegen, analysierte die Bertelsmann Stiftung erstmals ihre zeitliche und regionale Entwicklung. Für die Untersuchung wurden die bundesweit 398 Kreise und kreisfreien Städte entsprechend ihrer Hartz-IV-Ausgaben und Steuereinnahmen in vier Gruppen eingeteilt.

An Hartz-IV-Ausgaben pro Einwohner zahlt Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern mehr als alle anderen Bundesländer. 12 von 14 sachsen-anhaltinischen Kreisen und kreisfreien Städte gehören zum Viertel der Kommunen mit den bundesweit höchsten Hartz-IV-Ausgaben. Im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Sachsen sinken die Ausgaben nicht, im Gegenteil: In keinem anderen Bundesland steigen diese Ausgaben so schnell wie in Sachsen-Anhalt. In den Kreisen Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg verdoppelten sich die Ausgaben seit 2008. Einzig in den Landkreisen Harz und Börde sanken sie.

Hinzu kommt: Die Steuerkraft der Kommunen bleibt gering. Sie erreicht nur 60 Prozent des Bundesdurchschnittes. 12 der 14 Kreise und kreisfreien Städte verharren im untersten Viertel der bundesdeutschen Kommunen.

Der Kommunale Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. Nahezu jede zehnte Kommune bundesweit zählt seit 2008 durchgängig sowohl mit ihren Hartz-IV-Ausgaben als auch mit ihrer Steuerkraft zum jeweils schlechtesten Viertel aller Kommunen. In Sachsen-Anhalt trifft diese ungünstige Kombination 6 der 14 Kreise und kreisfreien Städte. Es gelingt den Städten und Kreisen nicht, die hohe Ausgabenbelastung ab- und die Steuerkraft aufzubauen.

In der Vergangenheit wurden diese Strukturprobleme durch den Solidarpakt überdeckt, der jedoch bis 2020 ausläuft. „Wenn nicht ganze Regionen abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen“, sagte Geißler. Spürbare Entlastung brächte eine Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund. Zusätzlich müsse die Wirtschaftskraft im Länderfinanzausgleich stärker berücksichtigt werden.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

Unser Experte: **Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41/81 81 467**
 E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de